

Der Kreisvorstand der SPD Hamburg Nord wünscht allen Mitgliedern ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr 2008



Hamburger Programm

Das Hamburger Programm

Für ein neues sozialdemokratisches Jahrhundert



Peter Tschentscher

Nur noch wenige Wochen bis zur Wahl



Inka Damerau

Ein historischer Parteitag ...



Christian Carstensen

Lösung für Güterumbahn



Oskar Negt

Faust als Großunternehmer ...



Editorial	
Neuer Kreisvorsitzender	2
Bundesparteitag	
Mut zum Profil	3
Verkehrspolitik	
Güterumgehungsbahn	4
Gute Arbeit	
Gewerkschaften	5
Zwangsarbeit	
Entschädigungen	6
Bürgerschaftswahl 2008	
Hamburger Wahlrecht	6
Bildergalerie	8
Wahlkampf in Barmbek	9
Ganz praktisch/Mühlenkamp	10
Grundsatzprogramm	
Sozialdemokratisches Jahrhundert	11-12
Jusos	
Buchvorstellung von Oskar Negt	13
Ansprechpartner, Veranstaltungen	14-15
Gratulationen, Bürger- büro, Impressum	16

Editorial

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

lang, lang ist's her seit dem letzten NORDWIND. Die Ereignisse haben sich seit dem im Kreis Nord geradezu überschlagen und es wäre kaum möglich gewesen, mit dem Tempo der Veränderungen redaktionell Schritt zu halten. Wir haben zum ersten Mal die Kandidatenaufstellung nach dem neuen Wahlrecht vorgenommen und heraus kam dabei mit Peter Tschentscher gleichzeitig ein neuer Kreisvorsitzender!

Wir haben eine Kreisdelegiertenversammlung zum neuen Grundsatzprogramm veranstaltet. Viele unserer Positionen haben sich in den Beschlüssen des letzten Landesparteitags und auch im „Hamburger Programm“ wieder gefunden.

Nach einem ereignisreichen Jahr befinden sich nun viele Mitglieder der SPD Hamburg Nord im Wahlkampf. Genug Stoff, um kurz inne zuhalten und einiges davon in einem neuen NORDWIND zu Papier zu bringen!

Viel Spaß beim Lesen!

Herzlich, Euer Urs

Liebe Genossinnen und Genossen,

es sind nur noch wenige Monate bis zur Hamburg-Wahl 2008. Ein rot-grüner Wahlsieg ist kein Selbstzweck, kein sportliches Ziel im Wettbewerb der Parteien. Die Ablösung des CDU-Senats liegt im Interesse der Zukunft Hamburgs. Unser Ziel ist eine menschliche Metropole, deren Wirtschaftskraft den Bürgerinnen und Bürgern in allen Stadtteilen zu Gute kommt. Wir brauchen eine neue Jugend- und Bildungspolitik mit gerechten Chancen auch für Familien mit geringem Einkommen, eine Seniorenpolitik, die den Anforderungen moderner Senioren gerecht wird, und eine aktive, qualifizierende Arbeitsmarktpolitik, die über billige 1-Euro-Jobs hinausgeht.

Wir wollen nicht nur gewählt werden, sondern auch regieren. Unser Wahlprogramm für die Bürgerschaft heißt „Regierungsprogramm“. Das unterscheidet uns von der Linkspartei, deren Proteststimmen Ole von Beust und einer schwarz-grünen Koalition in die Hände spielen.

Seit meiner Wahl zum Kreisvorsitzenden habe ich in vielen Gesprächen – auch mit Genossinnen und Genossen anderer Kreise – den Eindruck gewonnen, dass die Hamburger SPD ihre Verantwortung für die Zukunft unserer Stadt ernst nimmt. Die inneren Konflikte und Fronten der Vergangenheit treten mehr und mehr dahinter zurück.

Ein engagierter Wahlkampf mit einem guten Ergebnis am 24. Februar 2008

ist auch
e i n e
Chance für
neue Ge-
meinsam-
keit und
Solidarität,
die ich mir
für unseren
Kreis und
die Ham-
burger SPD
wünsche.



Wir haben in Hamburg-Nord drei Wahlkreiskommissionen gebildet, in denen die Kandidierenden, die Distriktvorsitzenden und weitere Aktive noch während der Sommerpause Ideen entwickelt, Veranstaltungen vorbereitet und praktische Vorkehrungen für den Wahlkampf getroffen haben. In allen Wahlkreisen hat es mittlerweile gute öffentliche Veranstaltungen der SPD gegeben.

Allen, die in den Wahlkreisen und Distrikten an diesem guten Start beteiligt waren, herzlichen Dank, auch im Namen von Michael Naumann! Wir haben mit ihm einen überzeugenden Bürgermeisterkandidaten, auf den es im Wahlkampf ganz besonders ankommt und den wir mit aller Kraft unterstützen müssen.

Unser Wahlziel, die CDU im Rathaus durch einen neuen rot-grünen Senat mit Michael Naumann als Bürgermeister abzulösen, ist erreichbar. Die Chancen stehen gut, wir müssen sie nutzen.

Euer Peter Tschentscher

Mit Speck fängt man Mäuse. Wie fangen Sie Ihre Kunden?

Ihre Geschäftspapiere und Drucksachen sind Ihre Visitenkarte. **Machen Sie einen guten Eindruck!**

Visitenkarten, Geschäftspapiere,
Flyer, Kundenmagazine ...
Beratung, Konzeption, Realisierung,
Drucküberwachung ...
Schulung in QXP, FH, Flash, Office ...



Kreativschmiede
acceptDESIGN
Thomas Biedermann
Tel. 0 40/6116 9771
biedermann@acceptdesign.de



Ein historischer Parteitag

Mut zum Profil

Drei Tage SPD in Hamburg, drei Tage Diskussionen und Beschlüsse, die die Sozialdemokratie in Deutschland nach vorne gebracht haben

Von Inka Damerau

Kurt Beck hatte Mut zum Profil – Diskussionsfreudigkeit und Entschlossenheit haben die Partei aus ihrer Starre geweckt. In den darauffolgenden Tagen haben wir eine Politisierung der Debatten im Land erlebt. Die SPD hat Flagge gezeigt, um mit eigenen Gestaltungsalternativen dafür zu sorgen, dass von der guten wirtschaftlichen Entwicklung alle profitieren.

Das Ziel: Gesellschaftliche Spaltung aufhalten!

In den letzten Jahren hat unsere sozialpolitische Bilanz sehr gelitten. Der Abstand zwischen Unten und Oben ist stark gewachsen. Die Reallöhne sind gesunken, die Gewinne drastisch gestiegen. Wer für Lohn arbeitet, bekommt faktisch weniger als vor zehn Jahren. Diese wachsende Ungleichheit hat ihre Ursache vor allem im globalen Überangebot an Arbeit bei gleichzeitiger Schwächung der Nationalstaaten in der Regulierung des Kapitalismus. Ohne Zweifel hat unsere Politik der letzten Jahre die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt verbessert. Gleichzeitig haben wir aber zugelassen, dass sich die Kluft zwischen Arm und Reich weiter verschärft. Diese Kluft lässt sich nicht schließen mit einem Konzept, das auf den dynamischen, aufstiegswilligen Einzelnen setzt. Das Gleichsetzen von Sozialpolitik mit Bildungspolitik hinterließ ein Vakuum, das die Rüttgers, von der Leyens und die Linkspartei bereitwillig versuchten zu besetzen.

Die Beschlüsse: Fortschrittliche Politik gestalten!

Mit unseren Beschlüssen für ein zukunftsfähiges und soziales Deutschland haben wir Reformperspektiven wieder eröffnet. Nach Jahren der Stagnation müssen die neuen Gestaltungsspielräume

ganz nach dem Motto des Bundesparteitages „Aufschwung für alle“ auch genutzt werden.

Damit leiten wir eine neue Offensive für mehr soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Solidarität durch gerechtere Verteilung der Lasten ein: Hierfür stehen unter anderem die Verlängerung der Bezugsdauer des ALG (Arbeitslosengeldes) I, die Einführung eines eigenen Bedarfssatzes für Kinder von ALG II-EmpfängerInnen, die Gestaltung des Übergangs in die Altersrente, die verbesserte Anrechnung von Rentenversicherungszeiten, die Verhinderung des Missbrauchs von Leiharbeit, die Durchsetzung von Mindestlöhnen.

Auch dass Voraussetzungen zur Wiedereinführung einer Vermögenssteuer geschaffen werden sollen, ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Steuergerechtigkeit und somit zur gerechten Lastenverteilung.

Der Beschluss zur Bahnprivatisierung zeigt, dass scheinbar festgefahrene Situationen in politische Prozesse aufgelöst werden können. Ein wichtiges gesellschaftliches Thema, die Ressourcen einer Gesellschaft und ihre Daseinsvorsorge kommen wieder in einen politischen Diskurs.

Das „Hamburger Programm“ – Zukunftsfähigkeit eröffnen

Nach achtjähriger Diskussion ist der Prozess hin zu einem neuen Grundsatzprogramm mit der Beschlussfassung des „Hamburger Programms“ zu seinem guten Ende gekommen. Mit diesem neuen Grundsatzprogramm hat die SPD ihren solidarischen Gestaltungsanspruch erneuert. Sie hat kraftvoll deutlich gemacht: Eine solidarische Weiterentwicklung gibt es nur mit der Sozialdemokratie. Wir haben jetzt ein Programm zur aktiven politischen Gestaltung der Globalisierung und setzen damit auch auf Europa als solidarische und demokratische Antwort.



Es war ohne Zweifel Schwerstarbeit in den letzten Wochen, deutliche Worte für das Profil der SPD durchzusetzen, aber es ist gelungen. Das emanzipatorische und systemüberwindende Potenzial wie auch der Anspruch auf Demokratisierung sollten sich in klaren Vokabeln wiederfinden. Die SPD bekennt sich auch weiterhin zum Demokratischen Sozialismus und schreibt damit ihre Wertetradition fort.

Neben unseren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität kann Zukunft nur gestaltet werden, wenn wir das Prinzip der Nachhaltigkeit durchsetzen. In der Überwindung der „männlichen Gesellschaft“ liegt die Herausforderung, sich klarzumachen, dass trotz allen Fortschritts und allen neuen Möglichkeiten für Frauen Gleichstellung nach wie vor erstritten werden muss.

Das Ergebnis: Um die Zukunft kämpfen!

Wenn moderne Politik bedeutet, die gesellschaftlichen Entwicklungen nicht aus den Augen zu verlieren, „nah bei den Menschen zu sein“, dann sind wir modern. Linke Volkspartei wird die SPD dann bleiben, wenn sie mit dazu beiträgt, dass alle Kräfte und Talente, die in den Menschen stecken, gefördert werden.

Alles in allem viel Rückenwind für einen guten Hamburger Wahlkampf mit Michael Naumann. ●

Lösung für Anwohner der Güterumgehungsbahn

Für die lärmgeplagten Anwohnerinnen und Anwohner der Güterumgehungsbahn Nord scheint nach jahrelangem Hin und Her endlich eine Lösung in Sicht: Unser Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee hat sich nun dieses Problems angenommen

Von Christian Carstensen

Während einer Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung zur Verkehrspolitik, zu der ich ihn neben Michael Naumann ins Forum Alstertal nach Poppenbüttel eingeladen hatte, lud er die Lärmschutzinitiativen spontan zu einem Gespräch mit seinem Staatssekretär Jörg Hennerkes ins Ministerium nach Berlin ein. „Das Bundesverkehrsministerium hat großes Interesse an der Akzeptanz des Schienengüterverkehrs in der Bevölkerung. Deshalb habe ich Verständnis für die komplizierte Situation vor Ort in Hamburg und begrüße das außerordentliche Engagement der Bevölkerung für einen umfassenden Lärmschutz entlang der Güterumgehungsbahn Hamburg“, sagte Wolfgang Tiefensee am Rande der Veranstaltung.

In Berlin sollte über die Probleme der Anwohner bezüglich der „Ertüchtigung“ (sprich: täglich etwa 50 mehr Züge als bisher) der Güterumgehungsbahn gesprochen und nach konkreten Lösungsmöglichkeiten gesucht werden. Das Gespräch, das am 19. September im Ministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) in Berlin stattfand, war ein Erfolg: Staatssekretär Jörg Hennerkes sagte den Vertretern der Initiativen seine volle Unterstützung bei der Lösung vieler strittiger Fragen zu.

Konkret geht es um folgende Punkte:

Das Ministerium will auf die Deutsche Bahn AG einwirken, auf die Ablöse für Wartung und Instandhaltung der Lärmschutzwände zu verzichten, und es prüft außerdem, inwieweit die Planungskosten entsprechend der vom Bund finanzierten Lärmschutzwände auf 13 Prozent begrenzt werden können oder von der Bahn komplett als Gegenleistung für die Eigentumsübertragung übernommen werden können.

Das Verkehrsministerium initiiert eine Untersuchung der Stahlbrücken, mit dem Ziel, Entdröhnungsmaßnahmen an allen Brücken vorzunehmen, an denen mit Maßnahmen nach dem Stand der Technik eine deutliche Lärmreduzierung bewirkt werden kann, und es bemüht sich um eine Lösung der Frage nach Schallschutzkonstruktionen an Brücken, die nach gegenwärtigem Planungsstand zu teuer sind, als dass eine Bürgerbeteiligung zustande kommen kann.

Schallschutzwände in greifbarer Nähe

Hennerkes betonte, dass der Güterverkehr in Deutschland in den kommenden Jahren deutlich zunehmen werde und dass die Akzeptanz der Anwohnerinnen und Anwohner deshalb von grundlegender Bedeutung sei. So müsse es entlang der Strecke einen hundertprozentigen aktiven Lärmschutz geben. Das bedeutet, dass nun auch in den Bereichen Barmbek, Horn, Eilbek,



Hamm und Dulsberg Lärmschutzwände errichtet werden. Die Anwohner in Stadtteilen, die im ersten Bauabschnitt Förderung für passive Schallschutzmaßnahmen erhalten haben, bekommen dann ebenfalls aktive Maßnahmen gefördert, wenn eine Rückabwicklung oder Verrechnung mit Eigenbeteiligungen zur Erhöhung und/oder Verlängerung von Schallschutzwänden gelingt.

Außerdem war offenbar im Vorgriff auf das Gespräch von der Deutsche Bahn Netz AG ein Antrag für Lärmschutz am Salomon-Heine-Weg beim Eisenbahn-Bundesamt gestellt worden. Der Staatssekretär sagte zu, sich für eine schnelle Prüfung einzusetzen.

Weniger Lärm nachts?

Vor der Umleitung des Güterverkehrs wegen der Baumaßnahmen an der Verbindung Elbbrücken/ Hauptbahnhof werden nicht alle geplanten Schallschutzwände errichtet werden können. An diesen Streckenabschnitten prüft das Ministerium, das Maß der Lärmimmission zumindest in der Nacht durch Geschwindigkeitsreduzierungen auf Werte zu begrenzen, die mit Schallschutzwänden erreicht werden würden.

Ferner wird geprüft, ob ein besserer Vorschlag als die gegenwärtige Vorauszahlungslösung gefunden werden kann, bei der von den Bürgerinnen und Bürgern der maximal notwendige Betrag für Lärmschutzwände gesammelt und nachgewiesen werden muss – im Regelfall also mehr, als nach Vorliegen der Ausschreibungsergebnisse erforderlich sein wird.

Wenn der CDU-Senat nicht in den vergangenen Monaten geschlafen, sondern sich gekümmert und seinen Teil beigetragen hätte, wäre eine Lösung schon viel früher möglich gewesen. Ich bin froh, dass ich nach monatelangem Hin und Her dazu beitragen konnte, dass nun endlich „Land bzw. Lärmschutz in Sicht“ ist.

Wir wollen gute Arbeit für Hamburg!

Mit dem auf dem Landesparteitag am 15. September 2007 verabschiedeten Leitantrag des Landesvorstands „Gute Arbeit für Hamburg“ haben die Hamburger Sozialdemokraten Ziele für künftige Politik definiert, die es mir warm um mein Gewerkschafterinnen-Herz werden lassen

Von Verena Blix

Arbeit für Alle, faire Löhne, Arbeitsschutz, Ausbildung und Weiterbildung, Gleichstellung beim beruflichen Aufstieg, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Vermittlung und Absicherung, Arbeitnehmerrechte stärken und illegale Beschäftigung bekämpfen, dafür kämpfen wir seit Jahrzehnten, und die Hamburger SPD ist dabei an unserer Seite.

Diese Ziele werden auch in konkrete Politikmaßnahmen glaubwürdig herunter gebrochen.

Arbeit für Alle

In Hamburg soll unter einem von uns geführten Senat endlich wieder Arbeitsmarktpolitik stattfinden – und zwar auf dem zweiten und ersten Arbeitsmarkt. Die Fördermöglichkeiten und die dafür zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel werden wir für aktive Arbeitsmarktpolitik nutzen und nicht verfallen lassen wie der derzeitige CDU-Senat. Es soll passgenaue Beschäftigungsmaßnahmen als sozialversicherte Arbeitsverhältnisse und nicht nur Arbeitsgelegenheiten geben.

Faire Löhne

Ein SPD-Senat wird sich in öffentlichen Unternehmen dafür einsetzen, dass prekäre Arbeitsverhältnisse ohne tariflichen

Schutz zurückgedrängt werden. Durch eine zielgerichtete Anpassung und Nutzung des Vergabegesetzes sollen Armutslöhne dort verhindert werden, wo öffentliche Mittel in Aufträge fließen.

Arbeitsschutz

Arbeitsplätze sollen so gestaltet sein, dass die Beschäftigten gesund alt werden – dafür wollen wir uns einsetzen. Das muss heißen: Geld und Personal auch für die Behörden, die den Rahmen dafür schaffen oder die Aufsicht darüber haben – zum Beispiel das Amt für Arbeitsschutz.

Ausbildung und Weiterbildung

Wir versprechen den Start einer Weiterbildungsoffensive, mit der unter anderem die Qualifizierungsmaßnahmen wiederbelebt werden sollen, die der CDU-Senat „platt gemacht“ hat – wie die Möglichkeit, den Hauptschulabschluss in Ganztagsform nachzuholen.

Als Personalrätin freue ich mich natürlich besonders über die Zusage, die Einschnitte im Personalvertretungsrecht zurückzunehmen und eine Mitbestimmung „auf Augenhöhe“ herstellen zu wollen.

Unsere Idee in der Kreisspitze ist es, genau zu diesem Themenbereich des künftigen Regierungsprogramms noch einen Diskussionsabend anzubieten - ●

Dialog mit Betriebs- und Personalräten wieder aufgenommen

Von Verena Blix

Die Hamburger Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion hatten am 17. Oktober 2007 gemeinsam mit der Bürgerschaftsfraktion Betriebs- und Personalräte aus Hamburg zum Thema „Gute Arbeit – fairer Lohn“ ins Rathaus eingeladen. (SH)

Trotz Ferien und kurzfristiger Einladung waren rund 60 InteressenvertreterInnen aus Betrieben und Behörden der Stadt gekommen – hungrig auf Austausch mit der SPD und ihren Repräsentanten. Nach Beiträgen von Michael Naumann, Wolfgang Rose und Olaf Scholz nutzten sie die Gelegenheit, ihre Wünsche

an arbeitnehmerorientierte Politik auf Landes- und Bundesebene loszuwerden. Klar war: Eigentlich sieht niemand, der/die Arbeitnehmerinteressen vertritt, eine wirkliche Alternative zur SPD, und man ist gern bereit, die Wunden der Agenda zu vergessen. Daran können und müssen wir anknüpfen: Im Dialog bleiben, die Wahl gewinnen und dann die Politik machen, die ArbeitnehmerInnen von „ihrer“ SPD erwarten. ●



Kontakte – Kontakty

Wettlauf mit der Zeit bei der Unterstützung von ehemaligen Zwangs- und Sklavenarbeitern

Von Focko Meier

Nun ist es also vorbei: Im vergangenen Sommer konnte man den Medien entnehmen, dass die vom Bund und der deutschen Wirtschaft getragene Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ ihre Arbeit eingestellt hat. Seit ihrer Gründung im Jahre 2000 hat die Stiftung 4.4 Mrd. Euro über ihre Partnerorganisationen in über 100 Ländern an insgesamt 1.66 Mio. Menschen ausgezahlt, um diese für ihre im Krieg geleistete Zwangs- und Sklavenarbeit zu entschädigen, wie es im allgemeinen heißt. Wenn man bedenkt, wie vehement die Diskussionen Ende der neunziger Jahre über die Einrichtung eines solchen Fonds - insbesondere für Menschen aus dem ehemaligen Ostblock - waren, so muss man angesichts der Unaufgeregtheit ob seines Abschlusses nun feststellen, dass er seinen Zweck aus deutscher Sicht wohl erfüllt hat. Damals war die Aufregung aufgrund der drohenden Sammelklagen gegen deutsche Konzerne groß und die Unterstützung für den Fonds sehr unterschiedlich. Während die einen insbesondere die moralische und historische Verantwortung sahen, so sorgten sich andere sehr um die Exportchancen deutscher Unternehmen.

Die Einrichtung des Fonds und sein finanzieller Umfang wurden von vielen als historisch gefeiert, wogegen andere angesichts der Höhe der Einzelbeträge für die Opfer die Aufwendungen als viel zu gering empfanden. Manche kamen gar zu dem zynischen Schluss, dass sich Mord doch lohne – schließlich zahle man nur für die Überlebenden. Unabhängig von der persönlichen Haltung kann man es aber nur begrüßen, dass eine so große Anzahl von Menschen wenigstens eine kleine Hilfe in ihrer teilweise sehr prekären Lebenslage bekam.

Nicht alle Opfer wurden entschädigt

Umso trauriger stimmt es allerdings, wenn man bedenkt, dass es Opfergruppen gibt, denen diese Erleichterung ihres Lebensabends verwehrt wird. Dazu gehören neben Menschen, die Zwangsarbeit in ihren Heimatländern leisten mussten, auch jüdische Verfolgte, die in Verstecken überlebten, und ehemalige sowjetische Kriegsgefangene. Rund 20 000 von diesen stellten Anträge auf Zahlungen - sie wurden abgelehnt mit dem Verweis auf deutsches Recht: „Kriegsgefangenschaft begründet keine Leistungsberechtigung“ (§ 11, Absatz 3 des Gesetzes zur Errich-

tung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“). Die Abgelehnten, welche die auf Vernichtung ausgerichteten deutschen Haftbedingungen überlebten, erhielten so aus Deutschland die letzte Kränkung in ihrem Leben.

Diesen nicht berücksichtigen Menschen zu helfen, hat sich der 1991 gegründete Berliner Verein KONTAKTE-KOHTAKTbI e.V. zur Aufgabe gemacht, wobei sich die Kontakte insbesondere auf Hilfsbedürftige in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion konzentrieren. Neben anderen Projekten versucht der Verein ehemaligen Kriegsgefangenen ein Schreiben zukommen zu lassen, in dem die übergebenen 300 EUR als Geste der Anerkennung erlittenen Unrechts bezeichnet werden und in dem um Rückmeldung gebeten wird, die häufig zu intensiver Korrespondenz führt und unter www.kontakte-kontakty.de nachgelesen werden kann. Um seine mit der Carl-von-Ossietzky-Medaille ausgezeichnete Arbeit, die aufgrund des Alters der zu Helfenden keinen Aufschub duldet, fortführen zu können, ist der Verein auf weitere private Hilfen angewiesen. Die Kontaktdaten und nähere Angaben sind ebenfalls unter www.kontakte-kontakty.de zu finden. Eine gute Sache – wer helfen will, sollte es jetzt tun. ●

Das neue Hamburger Wahlrecht

Bei der Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft am 24. Februar 2008 könnt Ihr erstmals nicht nur eine politische Partei wählen, sondern in den 17 Hamburger Wahlkreisen auch den Kandidatinnen und Kandidaten direkt Eure fünf Stimmen geben

Zum SPD-Kreis Hamburg-Nord gehören die Wahlkreise Eppendorf-Winterhude (08), Barmbek-Uhlenhorst-Dulsberg (09) und Fuhlsbüttel-Langenhorn-Alsterdorf (10). Anders als bei einer Bundestagswahl, bei der aus jedem Wahlkreis immer nur ein/e Abgeordnete/r in den Bundestag gewählt wird, werden im Februar 2008 in den Wahlkreisen mehrere Abgeordnete in die Hamburgische Bürgerschaft entsandt. Diese Abgeordneten gehören nicht alle einer

Partei an, sondern die Mandate werden nach den Stimmergebnissen im Wahlkreis zwischen den Parteien oder auch an erfolgreiche Einzelbewerber/innen verteilt.

In den Wahlkreisen habt Ihr fünf Stimmen und damit die Möglichkeit, zu kumulieren oder zu panaschieren. Das bedeutet, dass Ihr sowohl alle Stimmen auf Eure Partei „häufeln“ (kumulieren) oder aber die fünf Stimmen auf mehrere Kandidatinnen und Kandidaten verteilen könnt (panaschieren).

Um das Gesamtergebnis für eine Partei in einem Wahlkreis zu ermitteln, werden dann die Parteistimmen und die Personenstimmen für diese Partei zusammengezählt. In den Wahlkreisen sind nicht die Kandidierenden auf Platz eins der Vorschlagsliste einer Partei oder diejenigen mit den meisten Personenstimmen automatisch gewählt. Vielmehr wird nach der Wahl zunächst das Verhältnis der Partei- zu den Personenstimmen für eine Partei ermittelt, und die errungenen

Mandate werden in diesem Verhältnis verteilt. Diese komplizierte Regelung ist im vergangenen Jahr von der CDU eingeführt worden.

Aber Ihr habt auch noch eine zusätzliche Stimme, denn: Unseren Bürgermeisterkandidaten Michael Naumann findet Ihr auf keiner der Wahlkreislisten der SPD. Ihr könnt Michael Naumann aber zusammen mit unseren SPD-Kandidatinnen und Kandidaten aus dem Kreis Nord, Dr. Peter Tschentscher, Andrea Rugbarth, Jan Quast und Verena Blix auf der Landesliste wählen. Für diese Liste, die Ihr zusätzlich zum Wahlkreis wählt, habt Ihr eine Stimme. Sie geht sicher an die SPD!

Bezirksversammlung Hamburg-Nord

Am 24. Februar finden auch die Wahlen zur Bezirksversammlung Hamburg-Nord statt. Die Wahlkreise entsenden Bezirksabgeordnete in die neue Bezirksversammlung. Auch bei den Wahlen zur Bezirksversammlung gibt es die Mög-

lichkeit, Eure fünf Wahlkreisstimmen zu häufeln oder zu verteilen. Alles analog zum Verfahren bei der Wahl für die Bürgerschaft. Zudem habt Ihr auch hier eine Stimme für die Bezirksliste – und damit eine Parteien-Stimme entsprechend der Wahl auf Landesebene.

Es gibt viel weiterführendes Material zum Wahlrecht – so zum Beispiel die Broschüre „Sechs Stimmen für Hamburg – das neue Wahlrecht zur Hamburgischen Bürgerschaft“ der Behörde für Bildung und Sport, die ausführlich Auskunft gibt. Sie ist über die Landeszentrale für politische Bildung (E-Mail: politischeBildung@bbs.hamburg.de oder Telefon 30 39 24 20) zu bekommen.

Außerdem wird es auch noch Informationsveranstaltungen der SPD zu diesem nicht ganz einfachen Verfahren geben. Dazu wird über Mail, über den Hamburger Kurs und andere Veröffentlichungen eingeladen – achtet drauf! Und die Kandidierenden stehen für Rückfragen und Infos natürlich ebenfalls gern zur Verfügung!



Unterstützung

Günter
Grass unter-
stützt

Michael Naumann und die Hamburger SPD – und er hat sich dazu noch etwas Besonderes ausgedacht: 200 handsignierte Lithographien hat er gestiftet, die jetzt zu Gunsten der Wahlkampfkasse verkauft werden. Für Mitglieder kostet die Litho „Fischkopf“ 200 Euro, Nicht-Mitglieder sind mit 250 Euro dabei. Interessenten melden sich bitte in der Landesorganisation bei Dagmar Kirchhoff unter der Nummer 280 848 21.







Ein neues Gefühl der Zusammengehörigkeit

Wie war die Welt des Bürgerschaftswahlkampfes in alten Zeiten doch einfach: Einige Distrikte hatten Abgeordnete und Kandidaten, andere nicht. Die regionale Auswahl entstand mehr oder minder durch Zufall, da das Wohnortprinzip am wenigsten als Auswahlkriterium eine Rolle spielte

Von Michael Hüttel

Mit dem neuen Wahlrecht hat sich das nun geändert. Alle Mitglieder eines Wahlkreises wählen sich ihre Abgeordneten, die auf diese Weise eine klare regionale Zuordnung erfahren. Das war im Wahlkreis Barmbek-Uhlenhorst-Dulsberg nicht anders.

Und doch ist etwas seitdem anders, und wir genießen seine positiven Seiten: Es gibt ein richtiges Gefühl der Zusammengehörigkeit! Etwa alle zwei Wochen trifft sich die Wahlkreis-Kommission zu eineinhalb bis zwei Stunden konzentriert, aber auch gut gelauntem Arbeiten. Von Anfang an war klar: Zwar kommen unsere Kandidatinnen und Kandidaten aus verschiedenen Distrikten, aber sie vertreten alle zusammen den Wahlkreis nach außen. Und so sind sie auch frei im Wahlkreis unterwegs,

die Plakate der drei Bürgerschaftskandidat/inn/en werden in allen Distrikten geklebt, Veranstaltungen werden zuerst thematisch festgelegt und erst danach regional (zumal die Frage des jeweiligen Ver-



staltungsortes derzeit gar nicht so einfach zu klären ist). Ein kleiner Wermutstropfen: Im Süden unseres Wahlkreises ziehen noch nicht alle mit. Aber wir sind zuversichtlich, auch hier bald erfolgreich zu sein, denn wer mag sich schon dauerhaft einem gemeinsamen, erfolgreichen Wahlkampf für Michael Naumann und unsere Kandidat/inn/en entziehen.

Auf diesen Seiten seht Ihr eine Auswahl von Bildern aus dem ersten Drittel der Wahlkampfphase in Barmbek, Uhlenhorst und Dulsberg – der Zeit der Stadtteilstefte –, die Euch allen Lust auf mehr machen soll. Nicht nur bei uns, auch in den anderen beiden Wahlkreisen wird jede helfende Hand gebraucht, um am 24. Februar erfolgreich zu sein!



Wahlkampf – ganz praktisch!

Wahlkampf – eigentlich hast Du Lust, Michael Naumann und die Kandidatinnen und Kandidaten in den Wahlkreisen zu unterstützen und zum Erfolg bei der Bürgerschaftswahl beizutragen? Aber Du hast keine Zeit, Dich an Infoständen zu beteiligen, mit Kandidierenden Hausbesuche zu machen oder zu Wahlveranstaltungen zu gehen?

Von Kerstin Völsch

Macht nichts – es gibt auch andere Möglichkeiten, sich zu beteiligen! Wenn Du hin und wieder ein bisschen Zeit hast, kannst Du zum Beispiel in deiner näheren Umgebung Infomaterial in die Briefkästen der Nachbarn verteilen! Etwa alle drei Wochen liefern wir Dir neue Flugblätter oder Broschüren, die Du weitergibst, wenn Du

grad Zeit hast. Natürlich kannst Du Dir das Material auch in unserem Kreisbüro abholen. Von Dir müssen wir nur wissen, in welchen Straßen Du aktiv werden möchtest und wie viele Exemplare Du verteilen kannst.

Oder Du gibst Verwandten, Bekannten, Nachbarn, Kollegen, ... die Möglichkeit, eine Kandidatin oder einen Kandidaten für Bürgerschaft oder Bezirksversammlung persönlich kennen zu lernen.

Mach doch einfach eine Nachbarschaftsparty. Wie? Termin mit uns absprechen, etwa zwölf bis fünfzehn Gäste einladen, ein paar Getränke bereit stellen und los geht's: Kandidaten stehen bei Dir zu Hause Rede und Antwort.

Du siehst, es gibt viele Möglichkeiten, aktiv zu werden – melde Dich einfach bei uns!

Entweder telefonisch unter 460 30 42 oder per Mail unter hh-nord@spd.de ●

Wahlkampf à la Mühlenkamp

Außer Plakatierung, Infotisch und Hausbesuchen wollen wir es bei uns im Distrikt Mühlenkamp mit zwei Sonderangeboten versuchen

Von Jürgen Näther

Mit „Wahlkampf zu Hause“ werden wir die Tradition des Politischen Salons fortsetzen. Als Referenten haben wir Michael Naumann gewonnen – zweifellos ein Hit. Da seine Abende für sonstige, im Zweifel größere öffentliche Veranstaltungen genutzt werden sollen, haben wir uns zu einer Matinee entschlossen: In der gewohnten Location, der Wohnung Näther, Sierichstraße 20, erwarten wir unsere Gäste am Sonnabend, dem 15. Dezember 2007 ab 11:00 Uhr. Wie immer wird erwartet, dass sich Interessenten – auf welchem Wege auch immer – rechtzeitig anmelden. Zum einen müssen wir berücksichtigen, dass wir nicht mehr als 60 Personen setzen können; und die Versorgung mit Getränken und einem Imbiss will vorbereitet sein. Das heißt, frühes Melden sichert Plätze – gut sind sie alle.

Der Zweck des Unternehmens, daran sei erinnert, liegt nicht ausschließlich in der Zusammenführung interessierter Mitglieder und Nichtmitglieder. Wichtig ist vor allem die Werbung, die wir in unserer räumlichen und personellen Umgebung betreiben. Sie soll gerade jenen, die eine Teilnahme gar nicht in Erwä-

gung ziehen, signalisieren, dass es Bürgerinnen und Bürger gibt, die sich auf besondere Weise zur Sozialdemokratie bekennen – in der Hoffnung, dies werde Eindruck machen.

Um letzteres geht es auch beim „Wahlkampf per E-Mail“, wie ihn Michael Naumann im Kreisvorstand der SPD Nord skizziert hat. Seinem Vorschlag folgend, wollen wir erreichen, dass etwa 20 Genossinnen und Genossen einen Verteiler „Freunde & Nachbarn“ einrichten, über den sie in der heißen Wahlkampfphase digitale Flugblätter versenden, die den Distrikten, und davon gehen wir aus, vom Kurt-Schumacher-Haus zur Verfügung gestellt (zugemailt) werden. Die Besonderheit dieses Verfahrens: Der Aufwand der Mitwirkenden ist denkbar gering – mit einem Klick auf „Weiterleiten“ kann der



Effekt erzielt werden, dass eine nicht ganz kleine Zahl von Adressaten erfährt, dass sich in ihrem Umkreis Menschen zur SPD bekennen und dass wir in der Sache etwas mitzuteilen haben. Nicht verschweigen möchte ich, dass wir mit diesem Projekt noch ganz am Anfang stehen und nur schwer abzuschätzen ist, wie viele Mitwirkende gewonnen werden können. Der Versuch sollte sich allemal lohnen, zumal auch der vergleichsweise wenig aufwändig ist – ein paar Telefonate wird man allerdings führen müssen. Na und? ●

Ein neues sozialdemokratisches Jahrhundert?!

Das neue SPD-Grundsatzprogramm und der Streit um die Agenda 2010

Von Sönke Klages

Nun ist es vollbracht: Nach insgesamt acht Jahren Debatte und mehreren Anläufen hat die SPD im Oktober in Hamburg ihr neues Grundsatzprogramm verabschiedet: Das „Hamburger Programm“. Damit haben wir die Grundlagen unserer Politik erneuert und unsere Ziele für die nächsten 20 Jahre formuliert, für die „Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert“.

Leider wurde dies in der öffentlichen Wahrnehmung stark überlagert von der Debatte über die Verlängerung des Arbeitslosengeldes I und der damit verbundenen Diskussion über die Zukunft der Agenda 2010. Ich kritisiere nicht die Initiative Kurt Becks und die Entscheidung dazu: Das war richtig. Schade war nur, dass die Aufmerksamkeit der Menschen so auf den von den Medien genüsslich inszenierten „Showdown“ zwischen Kurt Beck und Franz Müntefering gelenkt wurde, statt auf die großen Botschaften des neuen Programms. Denn das neue „Hamburger Programm“ weist einen klaren, realistischen Weg in die Zukunft – jenseits der Agenda 2010 und weit über sie hinaus.

Wichtige Beiträge aus dem Kreis Nord

Als SPD Hamburg-Nord haben wir dazu einiges beigetragen, worauf wir stolz sein können. Wir haben, nach jahrelanger intensiver Vorarbeit, auf der Kreisdelegiertenversammlung Ende August mehrere ausführliche Kapitel-Vorschläge für das neue Programm beschlossen: zur Beschreibung der „Zeit, in der wir leben“, zur Sozialpolitik, zur Bildungspolitik, zur Gleichstellung der Geschlechter und zur Entwicklung der Städte. Außerdem noch eine Reihe kleinerer, aber wichtiger Änderungsvorschläge zu verschiedenen Themen. Das meiste davon wurde dann auch im September vom Landesparteitag beschlossen und so zur Position der ganzen Hamburger SPD.

Wenn wir uns das neue Grundsatzprogramm nun im Lichte unserer Vorschläge anschauen, so können wir zufrieden sein. Nicht mit allem, aber doch im großen und ganzen. Vieles von dem, was

wir im Kreis Nord beschlossen haben, findet sich im „Hamburger Programm“ wieder. Zwar zumeist nicht wörtlich, aber dem Sinne nach. Damit war noch vor wenigen Monaten nicht zu rechnen. Der erste Entwurf des Parteivorstandes, an dem wir uns im Kreis und in den Distrikten abgearbeitet hatten, war noch weit unklarer und schlechter.

Das sahen nicht nur wir so, sondern die meisten Genossinnen und Genossen, viele Kreis- und Landesverbände. Viele hatten daher ähnliche Änderungsvorschläge und Forderungen formuliert wie wir, so dass der Entwurf quasi auf der Zielgeraden entscheidend verbessert werden konnte. Wir sehen daran: Die engagierte Debatte an der Basis, auch bei anstrengender Programmarbeit, das selbstbewusste Einmischen in die Willensbildung der SPD lohnt sich! Die SPD hat endlich wieder gezeigt: Sie ist eine demokratische Partei, in der die Mitglieder über den Kurs bestimmen. Das war in den letzten Jahren nicht immer so deutlich.

Die Zeit, in der wir leben

Was haben wir erreicht? Die Zustandsbeschreibung der „Zeit, in der wir leben“ ist nun klarer, realistischer und kritischer als noch im ersten Entwurf. Dazu hatten wir aus Nord einen ganzen Alternativtext beschlossen. Die Globalisierung wird nicht nur beschworen (wie sonst so oft), sondern nüchtern erklärt als das, was sie ist: Einerseits das Ergebnis technischen Fortschritts und wirtschaftlicher Entwicklung, andererseits und in ihrer konkreten Gestalt aber die Folge mächtigen und weitgehend ungezügelter Profitstrebens – und, nicht zuletzt, politischer Entscheidungen hinsichtlich der Bedingungen und Strukturen auf den Weltmärkten. Der globalisierte Kapitalismus erzeugt wirtschaftliche Dynamik und hemmt sie zugleich. Er steigert den Reichtum, aber führt auch zu einer immer ungleicheren, ungerechten Verteilung dieses Reichtums. Wird er nicht gezügelt, treibt die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft immer weiter, so dass die Arbeitsbedingungen für die Menschen ungesund, entwürdigend sind und die Löhne ungerecht. Nicht nur in anderen Ländern,

auch in Deutschland machen heute wieder viele Menschen diese Erfahrung. Unser Programm erkennt diese Entwicklungen und stellt gleichzeitig fest: sie sind politisch gestaltbar, sind veränderbar. Es gibt Alternativen zur gnadenlosen Standortkonkurrenz, zur immer weiteren Unterbietung von Löhnen, Steuern und Sozialleistungen, zum Sich-gegenseinander-ausspielen-lassen der Menschen und der Staaten. Globalisierung ist kein Schicksal, Anpassung kein Sachzwang. Damit haben wir Sozialdemokrat/innen uns von dem falschen Verständnis gelöst, das eine Zeit lang auch unsere Politik geprägt hatte. Ein großer Fortschritt!

Der Vorsorgende Sozialstaat

Ein Fortschritt ist auch das Kapitel zur Sozialpolitik, zum „vorsorgenden Sozialstaat“. Von unserem Nord-Vorschlag aus gesehen hätten wir uns manches sicher noch klarer und entschiedener gewünscht. Aber die Zweideutigkeit, die noch den ersten Entwurf kennzeichnete, ist weitgehend überwunden: „Vorsorgend“ kann nun nicht mehr so verstanden werden, dass wir zwar in Chancengleichheit am Beginn des Lebens (durch gute Bildung für alle) investieren, aber dann die Menschen sich selbst überlassen. Denn auch bei besserer Chancengleichheit, besser Bildung für alle – ein gutes und wichtiges Ziel! – bleibt es ja dabei: Der existentielle Konkurrenzkampf unter uns allen um Arbeit, Anerkennung und Teilhabe am Wohlstand, der kein Naturgesetz ist, aber eben das Grundmerkmal der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, die uns das aufzwingt, wird immer wieder Gewinner und Verlierer produzieren – und zwar ohne, dass daran die einzelnen betroffenen Menschen Schuld sind. Deshalb stellt das Programm klar: Unser Sozialstaat hat auch in Zukunft die „alte“ Aufgabe, den Menschen Sicherheit und Solidarität zu gewähren vor und bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Behinderung. Wir wollen den Sozialstaat, der den Menschen immer wieder gleiche Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe und individuelle Entfaltung, auf ein Leben in Würde und Gemeinschaft eröffnet, der

vor Armut und Ausgrenzung verlässlich schützt – nicht nur am Anfang des Lebens. Und dazu kommt das Neue: Die stärkere Bedeutung von aktiver Unterstützung für Kinder, Familien, von Bildungschancen. Und das Projekt einer „Arbeitsversicherung“, die nicht nur bei unfreiwilliger Arbeitslosigkeit einspringt, sondern auch ganz bewusste „Auszeiten“ für Weiterbildung, Umorientierung oder Familie ermöglicht. „Sicherheit im Wandel“ zu haben, die jeweils individuellen Lebenspläne gemeinsam solidarisch zu ermöglichen und gegen Risiken abzusichern – dass ist das große, das gleichzeitig traditionelle und überaus moderne Ziel der Sozialdemokratie.

Gleiche Bildungschancen für alle – Eine Schule für alle

Gleiche Chancen für alle, das ist auch die zentrale Botschaft des Kapitels zur Bildungspolitik. Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen die beste Bildung und die optimale Förderung bekommen – und zwar unabhängig von ihrer Herkunft oder sozialen Lage. Davon sind wir in Deutschland heute weit entfernt, das wissen wir. Und wir wissen auch, dass gleiche Chancen und gute Bildung für alle nur in einer gemeinsamen Schule für alle Kinder zu haben sind. Deshalb hat sich die SPD nun klar und unmissverständlich zum Ziel gesetzt, was wir im Kreis Nord seit vielen Jahren wollen und auch für das Grundsatzprogramm vorgeschlagen haben: Eine gemeinsame Schule für alle bis zur zehnten Klasse – zusammen mit einer neuen Unterrichtskultur, die sich um jedes Kind mit seinen Stärken und Schwächen individuell kümmert, so dass alle profitieren.

Gute Arbeit

Genauso unmissverständlich sind die Aussagen zur Arbeit im neuen Programm. Unser Ziel ist nicht Arbeit um jeden Preis und zu allen Bedingungen, sondern „gute Arbeit“, die der Würde der Menschen gerecht wird. Gute Arbeit heißt: Qualifizierte Arbeit und die Chance, sich laufend weiterzubilden; Sichere Arbeitsverhältnisse; Gute und humane Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen, weder körperlich noch seelisch; gute Löhne, die der Leistung der arbeitenden Menschen, den Werten, die sie schaffen wirklich entsprechen – mindestens aber ein Einkom-

men, das nicht nur zum Überleben reicht, sondern auch die Teilhabe an Wohlstand, Gesellschaft und Kultur ermöglicht. Damit sind Parolen wie „Hauptsache Arbeit“ oder „Jede Arbeit ist besser als keine Arbeit“, die noch vor wenigen Jahren auch prominenten Sozialdemokraten über die Lippen kamen, überwunden. Und dem bei Konservativen und Neoliberalen so beliebten Satz: „Sozial ist, was Arbeit schafft“, können wir nun selbstbewusst entgegen: „Ja, aber gute Arbeit soll es sein, nicht Arbeit zu jedem Preis.“ Unser Maßstab ist die Würde des Menschen, unser Ziel sind Anerkennung, Respekt und ein gutes Leben. Das ist die Freiheit, die wir meinen – und das ist nicht die Freiheit, von der ein Guido Westerwelle schwadroniert, und die bei ihm meint: Die Freiheit zur grenzenlosen Bereicherung oben – und unten die „Freiheit“, sich grenzenlos ausbeuten zu lassen, weil man „frei“ ist von sozialer Absicherung, Arbeits- und Kündigungsschutz.

Der Zukunft zuwenden, nicht in der Vergangenheit verharren

Damit ist eigentlich auch schon alles gesagt zum Streit um das Arbeitslosengeld I und die Agenda 2010. Denn die Philosophie, die damals vorherrschte und die „Agenda“ maßgeblich prägte, vor allem die Kürzungen des Arbeitslosengeldes und die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, war ja genau die: Wir müssen den Menschen die Unterstützung kürzen und die Sicherheit nehmen, um sie zu „aktivieren“, um ihnen „Anreize“ zu geben, Arbeit aufzunehmen – eben „Hauptsache Arbeit“, also Arbeit zu jedem Preis und zu allen Bedingungen. Heute sehen wir, dass es genau dazu geführt hat: Es gibt zwar rein zahlenmäßig immer mehr Arbeitnehmer und Arbeitsplätze, aber ein immer größerer Teil von ihnen sind Klein- und Kleinst-Jobs zu schlechten Bedingungen, miesen Löhnen und ohne Sicherheit, inzwischen rund ein Drittel aller Arbeitsverhältnisse, Tendenz steigend. Darum sind wir heute gezwungen, um einen Mindestlohn zu kämpfen, und darum reden wir heute von „prekärer Arbeit“ und „neuer Unterschicht“, auch im Grundsatzprogramm.

Doch das neue Programm verabschiedet diese Philosophie, die die Probleme vor allem bei den Menschen sah, bei ihrem angeblich mangelnden Leistungswillen, ihrer angeblich mangelnden Bereit-

schaft, sich schlechten, ausbeuterischen Bedingungen anzupassen. Diese neoliberale Philosophie hat in der Gesellschaft, bei den Menschen jeden Kredit verspielt, denn sie konnte ihr Versprechen – neuen Wohlstand – nicht einlösen. Gewiss, wir haben einen Aufschwung, es gibt mehr Wohlstand – aber die meisten Menschen merken nichts davon. Im Gegenteil, die Reallöhne sinken weiter oder werden von steigenden Kosten für private Vorsorge (für Krankheit, Alter) aufgezehrt. Diese Philosophie der „Anreize“ und der „Eigenverantwortung“ und der durch sie gleichzeitig kaschierte und beschleunigte Wandel der Arbeitswelt, hin zu größerer Unsicherheit und Konkurrenz, zu niedrigeren Löhnen und schlechteren Bedingungen, und die damit einhergehende immer größere Ungleichverteilung von Wohlstand und Chancen, führen im Ergebnis bei immer mehr Menschen zu einem Verlust an Lebensqualität, statt zu „mehr Freiheit“ und größeren Chancen.

Deshalb ist es kein Populismus (wie Kurt Beck vorgeworfen wurde), wenn wir Sozialdemokrat/innen uns jetzt in Programm und Praxis von dieser überholten Philosophie langsam lösen und der Solidarität und sozialen Sicherheit wieder mehr Bedeutung geben, sondern ein Kurswechsel in Richtung Realität, in Richtung Zukunft, in Richtung der „solidarischen Mehrheit“ in der Bevölkerung. Und zwar nicht nur in Richtung des Empfindens dieser Menschen, sondern ihrer realen Lebenslagen und der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Es ist nicht Populismus, sondern Lernfähigkeit, die wir unter Beweis stellen. Überhaupt ist es selbst in hohem Grade populistisch, jede Forderung nach sozialer Verbesserung für die Menschen als Populismus abzukanzeln, anstatt sich mit ihr sachlich auseinanderzusetzen.

„Auf der Höhe der Zeit“ zu sein, heißt nicht, in Denkweisen und Konzepten von gestern zu verharren (auch wenn dieses gestern erst wenige Jahre zurückliegt), sondern sich der Wirklichkeit von heute zu stellen: Zu was haben frühere Entscheidungen geführt, wie ist die Situation heute, welche neuen Antworten brauchen wir für heute und für morgen? Es geht um die richtigen Antworten für die Zukunft, nicht um die Schlachten der Vergangenheit. Es geht um einen neuen Aufbruch für die „Soziale Demokratie im 21. Jahrhundert“. Mit unserem „Hamburger Programm“ sind wir dafür gut gerüstet: Für ein neues sozialdemokratisches ●

Faust als Großunternehmer

Oskar Negt liest auf Einladung der Juso-Gruppe Kerngebiet-Nord aus seinem neuen Buch



Von Urs Tabbert

„Mein erstes Buch von Goethe erhielt ich für drei Hühnereier – ein fairer Tausch zur damaligen Zeit.“ Private Eindrücke dieser Art gab Oskar Negt bei der Lesung seines aktuellen Buchs „Die Faust-Karriere“ preis.

Oskar Negt folgte einer Einladung von Jusos aus Hamburg Nord, namentlich der Juso-Gruppenvorsitzenden Rick Thürnagel und Bastian Faust (sic!), in die gut Platz gefüllte „SPD-Werkstatt“ am Grindelberg 59. Zur Begrüßung sprach die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Inka Damerau, moderiert wurde die Veranstaltung von Ksenija Bekeris (wie Oskar Negt Soziologin) aus der Juso-Gruppe Barmbek-Dulsberg, die in diesem Wahlkreis auf aussichtsreichem Platz für die Hamburgische Bürgerschaft kandidiert.

Mit geschärftem Blick für die Verstrickungen, in die ein „strebender“ Mensch als politischer Akteur gerät, liest Oskar Negt Goethes „Faust“ als ein brisantes und hochaktuelles Werk der politischen Philosophie. Als zerrissener Denker und gewissenlos Liebender ist Goethes Faust ein Begriff. Doch nur wenigen ist bewusst, welche vielfältigen Rollen der Gelehrte im zweiten Teil der Tragödie annimmt.

In seiner Karriere vom Poeten über den Staatsmann und Feldherrn bis hin zum kapitalistischen Großunternehmer durchschreiten Faust und sein Alter ego Mephisto die große Welt, verschiedenste geschichtliche Räume und Zeiten – am Ende macht sich Faust die Machtmittel der technischen Moderne zu eigen und geht in seiner Gewinnsucht über Leichen.

In der sich anschließenden Gesprächsrunde hatten die zahlreichen Besucher –

darunter auch viele Nicht-Parteimitglieder – die Möglichkeit, Oskar Negt zu seinem aktuellen Buch Fragen zu stellen, die er mit viel Charme beantwortete. Zum Abschluss der Veranstaltung signierte Oskar Negt neu erworbene und mitgebrachte Bücher.

Alles in allem eine kurzweilige Veranstaltung jenseits des Mainstreams dessen, was man als klassische Parteiveranstaltung bezeichnen würde, die man aber sehr zur Nachahmung empfehlen kann! ●



Ansprechpartner der SPD Hamburg-Nord

Kreisvorstand Hamburg-Nord 2006/2007

Peter Tschentscher	Vorsitzender	22307, Elligersweg 8	63 68 99 91
Verena Blix	stellv. Vors.	22049, Hohensteiner Str. 2	6 91 76 53
Thomas Domres	stellv. Vors.	20251, Christoph-Probst-Weg 23	32 03 26 45
Ralph Bornhöft	Schatzmeister	22337, Am Hasenberge 44	51 32 04 80
Nina Behlert	Beisitzerin	22457, Albertine-Assor-Str. 6 c	23 84 80 47
Maria Buter	Beisitzerin	22083, Bachstr. 141	2 27 88 06
Daniel Gritz	Beisitzer	20251, Erikastr. 139	46 07 36 30
Werner Kiebel	Beisitzer	22305, Lünkenweg 12	2 99 78 83
Chris Leineweber	Beisitzer	22307, Otto-Speckter-Str. 19 b	61 16 89 47
Britta Linnemann	Beisitzerin	22415, Georg-Clasen-Weg 16 b	53 05 06 56
Jan Quast	Beisitzer	22397, Duvenstedter Berg 60	2 79 49 09
Urs Tabbert	Beisitzer	22301, Zesenstr. 7	52 01 42 52

Distrikte

Langenhorn-Nord	Henning Glindemann	22417, Schwenweg 36	5 20 51 29
Langenhorn-Süd	Christian Carstensen	22417, Holitzberg 23	53 03 56 01
Fuhlsbüttel	Gunnar Eisold	22335, Maienweg 243	50 59 66
Groß Borstel	Barbara Nitruch	22453, Brödermannsweg 66	5 53 11 31
Eppendorf	Anja Domres	20251, Christoph-Probst-Weg 23	32 03 26 45
Winterhude-Nord	Cornelius Seyfarth	22547, Lüttkamp 121a	4 01 55 07
Jarrestadt	Christian Landbeck	22303, Georg-Thielen-Gasse 4	6 41 51 35
Mühlenkamp	Jürgen Näther	22301, Sierichstr. 20	27 29 72
Barmbek-Nord	Focko Meier	22307, Hellbrookstr. 46	40 69 79 21 46
Barmbek-Mitte	Ksenija Bekeris	22083, Käthnerort 1	69 45 41 87
Dulsberg	Michael Hüttel	20251, Geschwister-Scholl-Str. 47	6 96 24 48
Barmbek-Uhlenhorst-Hohenfelde	Florian Pudlas	22083, Heitmannstr. 15	22 69 89 15

Arbeitsgemeinschaften

ASF	Sylvia Schmuclach	22297, Wesselyring 53	51 52 02
Jusos	Timo Stampe	22305, Hardorffsweg 14a	65 59 22 54
Jusos	Gun Röttgers	22307, Genslerstr. 7	59 95 24
AfA	Hartmut Dignas	22527, Wördemannsweg 126	64 18 20
60plus	Werner Kiebel	22305, Lünkenweg 12	2 99 78 83
BV-Fraktion	Hede Krüger	22417, Götkenweg 14	5 37 47 67
BV-Fraktion	Ralph Gronau	22089, Güntherstr. 27	22 46 90

Bürgerschaftsabgeordnete

Willi Buss	6 05 14 89/61 19 83 12
Werner Dobritz	2 94 44 07
Gesine Dräger	65 90 13 20
Jan Quast	27 80 83 90
Jenspeter Rosenfeldt	5 11 39 61

Bundestagsabgeordneter

Christian Carstensen	Wahlkreisbüro: 22337, Am Hasenberge 44	50 09 03 89
----------------------	---	-------------

Weitere Ansprechpartner

Stellv. Vorsitzende der BV	Heidemarie Hermann	5 11 96 51
Vorsitzender der BV-Fraktion	Peter Tschentscher	69 79 28 27
Bezirksamtsleiter	Mathias Frommann	4 28 04-22 34

Veranstaltungen mit Michael Naumann in Hamburg Nord

Telefonische Nachfragen im Kreisbüro unter
4 60 30 42, Email: hh-nord@spd.de

6. Januar:

Auftakt mit einem politischen Fröhschoppen
in Alma Hoppes Lustspielhaus von
11–14 Uhr gemeinsam mit der stellvertreten-
den Parteivorsitzenden Andrea Nahles und
unseren Kandidatinnen und Kandidaten.

8. Januar:

Zentrale Veranstaltung im CCH – Gerhard
Schröder kommt und macht Wahlkampf mit
Michael Naumann. Es wird sicherlich großen
Andrang zu dieser Veranstaltung geben –
bitte meldet euch rechtzeitig
an im Kreisbüro.

30. Januar:

Mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD-
Bundestagsfraktion Peter Struck in Langen-
horn. Veranstaltungort: LaLi-Kulturhaus,
Tangstedter Landstraße 182.

Tagesfahrten nach Berlin

Infos im Wahlkreisbüro unter 50090389.

13. Februar:

Mit Bundesverkehrsminister Wolfgang Tie-
fensee im Wahlkreis Barmbek-Uhlenhorst-
Dulsberg. Neben den neuesten
Informationen zum Thema „Lärmschutz und
Güterumgehungsbahn“ wird es natürlich
auch hier um das SPD-Regierungsprogramm
gehen. Bei Drucklegung war der Veranstal-
tungsort noch nicht fest – wir veröffentli-
chen ihn so bald wie möglich auf unserer
Homepage (www.spd-hamburg.de/nord)
und in allen Druckerzeugnissen der Partei.
Bitte mobilisiert zu allen Veranstaltungen
Eure Verwandten, Bekannten und Kollegen,
damit sie Michael Naumann und unsere
Kandidierenden kennenlernen können.

Juso-Gruppen

Die Juso-Gruppen der Distrikte treffen sich
regelmäßig:

- Jusogruppe Langenhorn-Nord und Lan-
genhorn-Süd jeden zweiten Mittwoch im
Monat um 19.30 Uhr im Bürgerhaus Lan-
genhorn
- Die Juso-Gruppe Eppendorf, Winterhude-
Nord, Mühlenkamp, Groß Borstel und Jar-
restadt trifft sich regelmäßig. Ort/Termin
wechselt. Bitte nachfragen bei Rick Thür-
nagel (Tel.: 01 63/1 94 83 29) oder Bastian
Faust (Tel.: 01 79/7 94 38 42)
- Die Juso-Gruppe Barmbek-Dulsberg jeden
4. Donnerstag im Monat

60plus – die SeniorInnen in der SPD

An jedem ersten Mittwoch im Monat trifft
sich der Vorstand der AG 60plus zur öffentli-
chen Vorstandssitzung – interessierte Senio-
rInnen sind herzlich willkommen.

Der aktuelle Veranstaltungskalender der SPD
Hamburg-Nord kann im Internet eingesehen werden –
hier finden sich auch Veranstaltungen der Distrikte:
www.spd-hamburg.de/Nord

RECHTSANWALTSKANZLEI MEDECKE & TABBERT

Ernst Medecke Fachanwalt für Strafrecht

Strafverteidigung, Mietrecht,
Arbeitsrecht, Vereinsrecht

Urs Tabbert Rechtsanwalt

Zivilrecht, Verwaltungsrecht, Verfassungs-
recht, Künstlerinteressenvertretung

Klaus-Groth-Straße 84 in 20535 Hamburg
(2 Min. von U3/Burgstraße entfernt)
Tel. (0 40) 24 75 72 · Fax (0 40) 25 30 88 97
ernst.medecke@verteidiger-hamburg.de
urs.tabbert@verteidiger-hamburg.de

Absender:
SPD-Kreis Nord
Am Hasenberge 44
22337 Hamburg

Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt
22335 Hamburg 63

Gratulationen

Die Geburtstagskinder von Juli bis Dezember 2007 (Aus Platzgründen führen wir hier nur die „runden“ Geburtstage ab 70 Jahren auf!):

70 Jahre: Jürgen Eckhoff (13.07.), Anneliese Lange (16.07.), Jenny Burmeister (21.07.), Jürgen Sobisch (29.08.), Erika Feldstein-Brueg (14.10.)

75 Jahre: Elfriede Kudieß (30.07.), Paul Eberhardt (01.09.), Hans-Adolf Hinze (03.09.), Hans-Peter Schönberg (18.09.), Joachim Wezel (09.10.), Ursula Richter (13.11.), Betti Riebe (14.11.), Wolfgang Klinge (10.12.), Wolfgang Schritt (15.12.)

80 Jahre: Erich Berger (01.07.), Ursula Tesch (07.07.), Annemarie Sonnenfeld (28.07.), Walter Tonzel (23.09.), Ingeborg Klages (17.10.), Gesa Zeidler (23.10.), Horst Bronk (11.12.)

85 Jahre: Otto Schröder (03.08.), Gisela Buecklers (11.08.), Ingeborg Ilgner (24.08.), Gertrud Antelmann (18.10.), Erika Appenrodt (19.10.), Louise Haddorp (10.12.)

90 Jahre: Gertrud Brecht (02.09.), Betty Link (02.12.)

95 Jahre: Lina Garloff (24.09.)

Und ein besonderer Glückwunsch an Fanny Ullrich,
die am 13. November 105 Jahre alt wird!

**Wir gratulieren ganz herzlich und
wünschen alles Gute und vor allem Gesundheit!**

Die Jubilare von Juli bis Dezember 2007 (ab 40 Jahre Parteizugehörigkeit):

40 Jahre: Detlef Hinsch (01.07.), Dietmar Rimmel (01.08.), Lothar Klemz (01.09.), Armin Stüwe (01.09.), Gerd-Hinnerk Behlmer (01.10.), Günter Luther (01.12.)

50 Jahre: Horst Schwerin (01.07.), Gerd Augustin (01.10.), Jörn Below (01.10.), Helga Menth (01.10.), Gerhard Gründler (01.11.), Helga Erb (01.12.)

60 Jahre: Irma Giffey (01.07.), Klara Hagemann (01.07.), Gerhard Schröder (01.10.), Horst Schön (01.11.), Erich Elker (01.12.)

**Den Jubilaren herzlichen Dank für ihre Treue,
ihre Geduld mit der Partei und ihr Engagement!
Die Ehrungen mit Urkunde und Nadel finden jeweils
zu Anfang oder Ende eines Jahres in den Distrikten statt.**

Wir sprechen mit Ihnen
und helfen, wo wir können

SPD

Zentrales Bürgerbüro
Dienstag, Mittwoch und Donnerstag
14–16 Uhr · Tel. 28 08 48-32 /-0
Kurt-Schumacher-Allee 10 · 20097 HH

Impressum

Der Bezug der Mitgliederzeitung ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Redaktionsschluss (Nordwind Nr. 27):

15.01.08. Bitte die Beiträge nicht zu lang werden lassen, da wir ansonsten gezwungen sind, sie redaktionell zu kürzen. Anschlagmuster für den Artikel mit Vorgaben zu Spaltenbreite, Anschläge usw. ist bei der Redaktion erhältlich. Bilder: S/W-, Farbfotos, Zeichnungen oder digital als TIF-, JPG- oder EPS-Format, Auflösung mind. 300 dpi (**keine Internet-Bilder!**).

✉ Per Post: Fotos per Brief oder digitale Daten auf Diskette oder CD-ROM an die Redaktion schicken: Michael Hüttel, Geschwister-Scholl-Str. 47, 20251 Hamburg

✉ Per Mail:
michael.huettel@t-online.de
urstabbert@web.de

☎ Telefonisch:
Michael Hüttel, 0 40/6 96 24 48
Urs Tabbert, 0 40/52 01 42 52

Herausgeber:

SPD Hamburg-Nord · Am Hasenberge 44 · 22337 Hamburg · Tel.: 4 60 30 42
Fax: 46 23 68 · E-Mail: hh-nord@spd.de
www.spd-hamburg.de/ Nord

v.i.S.d.P.: Peter Tschentscher

Redaktion:

Michael Hüttel, Urs Tabbert

Gestaltung: www.axzeptDESIGN.eu
Bilder: Titel © Marc Steffen Unger – www.ms-unger.de, S. 2 © Peter Tschentscher, S. 3 © Beate Schmid, S. 4 © Christian Carstensen, S. 7 © Rick Thürnagel/ Günter Grass, S. 8 © Michael Hüttel, S. 9/10 © Sven Tode/SPD Barmbek-Uhlenhorst-Dulsberg, S. 13 © Oskar Negt
Druck: Druckerei JVA Fuhlsbüttel